

**Kommunalwahlprogramm 2009
der Oberhausener FDP**



Regina Boos

Augenoptikermeisterin

Ihre FDP-Oberbürgermeister-Kandidatin

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, am 30.08.2009 wählen Sie einen neuen Stadtrat. Sie haben es in der Hand, Oberhausen neu und zukunftsfähig aufzustellen. Die Zeiten absoluter Mehrheiten sind vorbei. Die FDP steht für neue Hoffnung und Zuversicht in Oberhausen. Die Kandidatinnen und Kandidaten der Freien Demokraten bitten Sie um Ihre Unterstützung.

Herzlichst Ihre

Regina Boos

Perspektiven und Visionen für Oberhausen

Das Kommunalwahlprogramm 2009 der Oberhausener FDP

Ein Kommunalwahlprogramm kann in der heutigen Zeit nicht mehr so aussehen wie früher. Finanznot und Wirtschaftskrise lassen keinen Spielraum für Forderungen, die städtische Mittel erfordern. Es geht aber um **Entscheidungsmaximen und Handlungsoptionen**. Ziel ist die Schaffung eines Klimas, in dem die Stärken der Menschen unserer Stadt genutzt, Engagement gefördert und die Freude am Leben in Oberhausen gestärkt wird.

Deshalb legt die Oberhausener FDP keinen unfinanzierbaren Katalog von Versprechungen vor, sondern zeigt auf, welche Perspektiven und Visionen entwickelt und vorgebracht werden sollen, welche Fehlsteuerung der Vergangenheit über Bord geworfen werden muss, wie Qualitäten des Stadtlebens gesichert werden können und neue Hoffnung sich Bahn bricht:

Damit die Stadt so gut wird wie ihre Menschen.

Bildung und Kultur garantieren die Zukunft

In allem, was die Stadt erreichen will, muss sie selbst Vorbild sein. Das gilt etwa für Ausbildung, auch über den eigenen Bedarf hinaus und ohne Übernahmegarantie. Der langjährige Widerstand der Ratsmehrheit gegen Ganztagsangebote außerhalb der Gesamtschulen ist endlich gebrochen, Sprachförderung und Integration werden immer wichtiger. Für kompensatorische Ausbildung, zweiten Bildungsweg und lebenslanges Lernen bleiben sowohl Beschäftigungsgesellschaften als auch Kulturangebote, VHS und Bibliothek unverzichtbar, werden aber zunehmend durch private Qualifizierungsangebote sinnvoll ergänzt.

Der gleiche Zugang auch zu frühkindlicher Bildung und Betreuung darf nicht durch Elternbeiträge erschwert werden. Hier muss die Stadt auch im Konflikt mit der Kommunalaufsicht handeln. Seit Jahren tritt die FDP bundesweit für die Abschaffung der Elternbeiträge ein. Auch das Ganztagsangebot im Grundschulbereich muss kostenfrei sein.

Kreative Köpfe haben Erwartungen an ihr Umfeld, die sich an Bildung, Freizeit und Kulturszene festmachen. Oberhausen wäre töricht, auf Theater, Galerie oder Kurzfilmtage zu verzichten, muss aber

stark auf private Entwicklungen wie z. B. Ebertbad und Nie(h)burg bauen sowie die Förderung alternativer Soziokultur eher verstärken als zusammenstreichen. Nur so kann die Stadt das Potential kulturwirtschaftlichen Wachstums glaubwürdig ausschöpfen.

Stärken der Stadtteile erhalten, Bevölkerungsentwicklung als Herausforderung annehmen

Die Chancengleichheit der Stadtteilzentren gegenüber der „grünen Wiese“ muss durch gebührenfreies Parken garantiert werden - eine jahrzehntealte Forderung der FDP. Ein vielseitiges integriertes bzw. zentrumnahes Nahversorgungsangebot begünstigt Attraktivität sowie belebte und bewohnte Quartiere. Aktive, engagierte Menschen und eine nicht gängelnde, sondern ermutigende Verwaltung sorgen für Vielfalt und Lebendigkeit: Der Aufenthalt in den Innenstädten muss angenehm und angstfrei sein, auch an den Knotenpunkten des Öffentlichen Nahverkehrs. Städtisches Flair, Außengastronomie und Marktatmosphäre brauchen Ermutigung. Regulation und Restriktion von Einzelhandel durch Bauleitplanung haben auch in der Vergangenheit nie wirklich Wirkung entfaltet.

Gerade Oberhausen kann dank seiner gelebten Weltoffenheit davon profitieren, dass die Menschen älter werden, dass sie sich in unterschiedlichsten kulturellen Milieus heimisch fühlen, dass Lebensformen offener und vielfältiger werden. Diese Vielgestaltigkeit schafft zugleich wesentliche Entwicklungsperspektiven für Wirtschaft und Arbeitsplätze. Die Stadtentwicklung muss darauf reagieren und die Bedürfnisse von Familien und Alleinerziehenden sowie Einpersonenhaushalten berücksichtigen - und dabei die neue, aktive Altersgeneration ebenso im Blick haben wie die gleichberechtigte Teilhabe behinderter oder pflegebedürftiger Menschen. Dies führt zu kleinräumigeren Entwicklungen und zu weniger Flächenverbrauch als bisher. Die Stadt muss darum kämpfen, gerade für diejenigen attraktiv zu bleiben, die Beschäftigung ausüben oder schaffen, die Lebensunterhalt und Wohnung selbst bezahlen, damit der demographische Rückgang nicht in eine qualitative Schrumpfung mündet.

Dazu gehört auch die Verteidigung sozialer Qualitäten. Möglichst selbstbestimmte Lebensgestaltung für Menschen mit Benachteiligung und Behinderung ist zu fördern; daher müssen ambulant betreute Wohnformen und Wohngemeinschaften stärker berücksichtigt werden als klassische Pflege-, Alters- und Behindertenwohnheime. Selbsthilfegruppen, Gemeindepsychiatrie, freie Jugend- und Jugendkulturarbeit sowie Frauenhaus sind nur einige Beispiele dafür, dass das Engagement freier Initiativen und Träger näher an den Menschen und kostengünstiger für die Stadt ist; auch dafür lohnt es sich, mit der Kommunalaufsicht zu ringen.

Geistige wie körperliche Beweglichkeit und sportliche Betätigung gewinnen an Bedeutung, gerade für junge Menschen. Vereinssport beugt sozialen Betreuungserfordernissen vor. Außerdem muss der zunehmenden Bedeutung des Individualsports Rechnung getragen werden. Möglichst wohnortnaher Breitensport bleibt daher wichtiger als Vorzeigeobjekte ohne wirkliche Realisierungschance (wie z. B. der Emschersportpark). Bei der Entscheidung über den Erhalt von Sportplatzstandorten müssen Nutzerzahlen, Erreichbarkeit und die sichere Zuwegung für Kinder Vorrang haben.

Chancen der Krise nutzen

Der Schuldenstand Oberhausens nähert sich unaufhaltsam 2 Milliarden Euro. Aus eigener Kraft kann keine Stadt diese Altlast bewältigen. Allein der Schuldendienst beträgt an die 90 Millionen Euro jährlich. Daher muss alles getan werden, die künftige Haushaltsunterdeckung beherrschbar zu machen.

Haushaltssanierung beginnt bei der städtischen Verwaltung. Für Oberhausen ist besonders problematisch, dass ausgelagerte Aufgabenbereiche wie WBO und OGM sich bislang der Konsolidierung entzogen haben. So sind zum Beispiel die Aufwendungen für Grünflächenunterhalt mit die höchsten in NRW, ohne dass man es dem Pflegezustand der Anlagen ansähe. Gemessen an der Einwohnerzahl hat Oberhausen nicht nur die meisten, sondern auch im Schnitt die teuersten (weil nicht zuletzt die ältesten) Kommunalbediensteten.

Auch für die Etatsanierung bleibt entscheidend, dass die Stadt für arbeitende und unternehmende Menschen, für Handwerk und Handel attraktiv bleibt.

München oder Düsseldorf mögen sich Spitzenhebesätze bei Gewerbe- und Grundsteuer leisten können, hier wären wettbewerbsfähig niedrige Steuern hilfreich.

Die von der Kommunalaufsicht ins Gespräch gebrachte Verdreifachung der Steuersätze ist verantwortungslos. Sie verprellt ansässige wie ansiedlungswillige Betriebe, belastet Eigentümer sowie Mieter und schürt psychologisch weitere Erhöhungserwartung. Deshalb muss die jüngst erfolgte Anhebung auf jeden Fall zurückgenommen werden; dies gilt auch für die extreme Anhebung der Hundesteuer auf bundesweite Höchstsätze.

Oberhausen braucht Verbündete. Dies gilt für Menschen und Unternehmen, die sich in unserer Stadt engagieren. Dies gilt auch für Projekte, die die FDP maßgeblich angestoßen hat: etwa die Gebietsabtretung von Essen, die den Neubau der Ripshorster Brücke erst ermöglichte, oder die Sanierung der St. Antony-Hütte und die Überdachung der Ausgrabungen mit Hilfe des LVR, der auch der Biologischen Station im Haus Ripshorst durch das Netzwerk Umwelt ein weiteres Standbein schuf.

Wo die Stadt sich nicht mehr engagieren kann bzw. darf, muss sie die verlässliche Zusammenarbeit mit anderen - privaten wie öffentlichen - Partnern suchen. Konjunkturpaket und Kulturhauptstadt 2010 dürfen keine Eintagsfliegen bleiben.

Wirtschaftliche Erneuerung ermutigen, Mobilität erhalten

Bei der Entwicklung und Vermarktung von Gewerbegebieten muss Qualität an erster Stelle stehen. Panik ist auch in der Wirtschaftsförderung ein schlechter Ratgeber, Flächen dürfen weder planerisch entwertet noch verschleudert werden. Stahlwerksgelände und Waldteich sind drastische Beispiele für Fehlentscheidungen bis in die jüngste Zeit. Produzierendes und wertschöpfendes Gewerbe, auch

industriell, ist willkommen, wobei dauerhaft rentable Unternehmen mit stabiler Beschäftigung und Ausbildung erfahrungsgemäß am ehesten mittelständisch strukturiert sind.

Dabei ist es wichtig, expansionswillige „Leuchtturmunternehmen“ in der Stadt zu halten; flächenintensive Großansiedlungen sind weder realistisch noch strukturell tragfähig. Schon die Umsteuerung von der Großindustrie wurde in Oberhausen zu spät als Chance genutzt.

Für Oberhausen müssen schnelle und wohnumfeldgerechte Zuwegungen zu den bestehenden Netzen (Autobahnen, Häfen und Eisenbahnstrecken) Vorrang haben, soweit die Kommunalaufsicht dies überhaupt erlaubt. Dazu müssen Flaschenhalseffekte durch punktuellen Ausbau beseitigt werden. In einzelnen Fällen haben sich Unternehmen selbst an der Verbesserung der Infrastruktur beteiligen können.

Bund und Land sind gefordert, wenn es um Ausbau und Lärmschutz von Bahntrassen, Entlastung durch Lückenschlüsse sowie die erforderliche Ertüchtigung von Bundes- und Landstraßen zur Verbesserung von Verkehrsfluss und Wohnqualität geht. Die Gemeindeprüfung des Landes hat aber auch Oberhausen mit Recht ermahnt, sich stärker um den Erhalt seiner Straßen zu kümmern.

Vorbildlich muss die Stadt auch bei der Verfolgung von Umweltzielen sein. Für öffentliche Neubauten und umfassende Sanierungsmaßnahmen müssen, soweit technisch möglich, Passivhausstandard und Solarenergienutzung selbstverständlich werden. Praktische Erfolge sind wichtiger als bloße Symbolpolitik. Von der Schaffung eines Radschnellwegnetzes, das die FDP seit Jahrzehnten fordert, sind wir noch weit entfernt; es sollte zumindest planerisch berücksichtigt werden.

Öffentlicher Personennahverkehr auf hohem Niveau, auch über Stadtgrenzen hinweg, wird zunehmend Voraussetzung für persönliche Mobilität, gerade zu wirtschaftlichen und beruflichen Zwecken, aber auch für Freizeit, Bildung, Sport und Kultur. Angebotsverschlechterungen wie die zu frühe Einstellung des abendlichen Linienverkehrs kosten Fahrgäste und Einnahmen. Hingegen kann eine Entzerrung des Unterrichtsbeginns nach Schulformen zu deutlichen Kostensenkungen führen.

Die Stadt muss so gut werden wie ihre Menschen

Oberhausen muss so gut werden wie seine Menschen; diese Botschaft gilt Rathaus und städtischen Gesellschaften gleichermaßen. Die FDP wendet sich gegen Planungseifer und Regelungswut. Wer sich bevormundet fühlt, gibt nie sein Bestes. Überholte oder unwirksame Gängelei z. B. durch Baumschutzsatzung oder Umweltzonen muss aufhören.

Wenn die Kommunalaufsicht wortwörtlich Blut, Schweiß und Tränen ankündigt, treten wir Freien Demokraten an, „Tränenhausen“ zu verhindern.

Absolute Mehrheiten sind überholt; wir Liberalen sind der beste Garant dafür, dass die Zukunft unserer Stadt weder durch eine unbewegliche große Koalition noch durch eine Abhängigkeit des Rates von linksparteilichen Parolen verbaut wird.

Oberhausen darf auf Visionen und Qualitäten nicht verzichten.